



# Das christliche Menschenbild und unsere Politik

Beiträge zum Werteverständnis  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



# **Das christliche Menschenbild und unsere Politik**

Beiträge zum Werteverständnis  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# Vorwort

## Das christliche Menschenbild – unsere Richtschnur

Politik besteht immer aus der Abwägung von Interessen. Die Entscheidung, welchem Argument letztlich der Vorzug zu geben ist, darf dabei nicht beliebig erfolgen. Als Maßstab dienen nicht zuletzt Werte. Anderenfalls würde Politik orientierungslos. Das Verständnis dieser Werte kann sich mit den Jahrzehnten wandeln. In ihrem Kern sind Werte aber sicherlich zeitlos.



**Michael Grosse-Brömer** MdB  
Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist seit über sechs Jahrzehnten das christliche Menschenbild die Richtschnur ihres politischen Handelns. Wir Abgeordnete werden immer wieder gefragt, was genau darunter zu verstehen ist. Ist die Berufung auf das christliche Menschenbild nur eine hohle Phrase? Oder weist es uns nach wie vor den Weg?

Die nachfolgenden Beiträge sind als Plädoyers zu verstehen, dass das christliche Menschenbild uns weiter leiten sollte. Einen Schwerpunkt bilden dabei drei Veröffentlichungen unseres Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, der sich seit Jahren auch außerhalb der Fraktion mit dem Thema auseinandersetzt. Mit anderen zusammen hat er die Verteidigung der Religionsfreiheit auf die politische Agenda gesetzt. Mit der Bedeutung der Religionsfreiheit für ihre Arbeit setzen sich in dieser Broschüre auch Entwicklungsminister Gerd Müller sowie unser Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Andreas Schockenhoff auseinander.

Die Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, fragt in ihrem Beitrag, welche Impulse vom christlichen Menschenbild für unsere Gesellschaftspolitik ausgehen. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung gibt in seinem Beitrag einen Überblick über die Aktivitäten der Fraktion zu dem Thema.

Wir können glücklich sein, dass viele unserer Kollegen sich dafür einsetzen, den Gedanken des christlichen Menschenbildes lebendig zu halten. Wir erleben das immer wieder, aber gerade auch in den Debatten um ethische Fragen. Denken wir nur an die Diskussion über die Methoden vorgeburtlicher Untersuchungen, über die Abtreibung oder auch über den Umgang mit dem Sterben. Die Richtschnur des christlichen Menschenbildes ist weiter modern. Es lohnt sich, sich mit ihr zu beschäftigen und sich immer wieder zu fragen, welche Impulse sie unserer Arbeit gibt.

A handwritten signature in blue ink, reading "F. Jung - Bismarck". The signature is written in a cursive, flowing style.

# Inhalt

- 2 Vorwort  
Michael Grosse-Brömer
- 7 **Wir brauchen das Christentum**  
Volker Kauder
- 15 **Zur Freiheit berufen – zur Verantwortung verpflichtet**  
Gerda Hasselfeldt
- 23 **Zur Wahrung der Menschenwürde gehört der Schutz der Religionsfreiheit**  
Volker Kauder
- 31 **Religionsfreiheit in der aktuellen außenpolitischen Situation**  
Dr. Andreas Schockenhoff

**37 Religionsfreiheit und die Werte unserer  
Entwicklungspolitik**

Dr. Gerd Müller

**45 Das „C“ als fester Bestandteil unserer  
politischen Arbeit**

Dr. Franz Josef Jung

**49 Christus ist eine Herausforderung**

Interview mit Volker Kauder

**60 Impressum**



# Wir brauchen das Christentum

Bedeutung der christlichen  
Botschaft für unsere Gesellschaft



**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Deutschland ist ein säkulares Land. Doch das Christentum hat Deutschland über die Jahrhunderte sicher geprägt. Wir müssen uns allerdings eingestehen, dass diese Konturierung unseres Landes verblasst. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Noch gehören rund 60 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen einer der beiden großen Kirchen an, rund 23 Millionen der protestantischen und rund 24 Millionen der katholischen. Ihre Gesamtzahl sinkt Schätzungen zufolge jedoch jährlich um rund 500.000. Danach werden in 20 Jahren weniger als 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen Mitglieder dieser Kirchen sein. Angesichts solcher Zahlen stellt sich die Frage: Wie steht es um die Bedeutung des Christentums und der christlichen Werte in unserer Gesellschaft heute?

Zu Ostern 2014 provozierte der englische Premierminister David Cameron mit ähnlichen Fragen eine heftige Diskussion in England. Er bejahte als Regierungschef einer Königin, die gleichzeitig Oberhaupt einer Staatskirche ist, die Aussage, dass für ihn Großbritannien immer noch ein christliches Land sei. Die Folge war eine Welle des Protestes. War Camerons Aussage unvernünftig?

Zahlreiche namhafte Geistesgrößen kritisierten ihn in einem offenen Brief und unterstrichen die Vorzüge eines Verzichtes auf Religion. Andere empörten sich angesichts der mit dem Bekenntnis zum Christentum offenkundigen

Ausgrenzung der neuen und selbstbewussten Religionsgemeinschaften, die im Vereinigten Königreich mittlerweile heimisch geworden sind. Aufgrund eines allgemeinen deutlichen Kopfschüttelns schränkte Cameron seine Aussage schnell ein. War sie tatsächlich unvernünftig, war sie unzeitgemäß oder doch mutig?

Nun ist Deutschland gerade in dieser Hinsicht nur schwer mit Großbritannien vergleichbar. Anders als dort sind bei uns als Folge der französischen Revolution Staat und Kirche letztlich getrennt. In Deutschland herrscht keine Staatsreligion, wie dies der Islam in vielen Ländern der arabischen Welt ist. Deutschland ist ein säkulares Land, trotz der vertraglichen Verbindungen zwischen dem Staat und den großen Kirchen.

Die freie Religionsausübung wird gewährt. Der Staat hat sich aus Glaubensfragen herauszuhalten. Artikel 4 unseres Grundgesetzes formuliert das mit prägnanter



Klarheit: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“

## Eine geistige Grundlage unserer Gesellschaft

Das heißt im Umkehrschluss aber eben auch: Deutschland ist kein christlicher Staat. Dennoch ist die christliche Botschaft eine geistige Grundlage unserer Gesellschaft. Und vor allem sollte sich diese Gesellschaft dieser mehr vergewissern.

Ein genauer Blick lohnt sich, um diesen scheinbaren Widerspruch aufzulösen, der bereits so alt ist wie die Bundesrepublik selbst. Schon mit dem Gottesbezug in der Präambel drückt unser Grundgesetz aus, dass jenseits des gesetzten Rechts die Menschen durch eine andere Instanz geleitet werden. Dietrich Bonhoeffer hat dies in seiner „Ethik“ einmal so formuliert, dass wir hier auf Erden immer nur die vorletzten Dinge regeln. Die letzten Dinge werden von Gott bestimmt.

Mit dem Gottesbezug will sich das Grundgesetz klar absetzen von der Barbarei der Nationalsozialisten, die ein zutiefst menschenfeindliches und vollkommen gottloses Regime entfesselt hatten – es soll eine dauerhafte Schranke zwischen dieser Barbarei und dem neuen Deutschland errichten. Die Präambel mit dem Gottesbezug beschreibt einen transzendenten Bezugsrahmen, in dem sich der Staat bewegt. Die Präambel weist darauf hin, dass das staatliche Recht nicht alles ist, was eine Gesellschaft ausmacht.

Kaum ein deutsches Bauwerk symbolisiert die historische und gesellschaftliche Bedeutung des Christentums für Deutschland so gut wie der Kaiserdom zu Speyer. Er war einmal das größte Bauwerk der christlichen Welt und ist heute die größte erhaltene romanische Kirche in Europa.



## Die Gesellschaft benötigt einen Wertekonsens

Aber gehen wir einen Schritt weiter: Das Grundgesetz ist eine Verfassung der Freiheit. Unsere Verfassung verleiht den Bürgern umfassende Freiheitsrechte. Dennoch benötigt eine Gesellschaft einen Wertekonsens, der sie im Inneren zusammenhält. Der Staat kann in diesen Wertediskurs nur bedingt eingreifen, will er die Freiheitsgarantie nicht gefährden.

Würde er dies tun, wäre er wieder auf dem Weg zum totalitären Staat. Der spätere Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat dies bereits in den 60er-Jahren in dem berühmt gewordenen Satz zusammengefasst: „Der freiheitliche, säkulare Staat ist von Voraussetzungen abhängig, die er selbst nicht garantieren oder schaffen kann.“

Über Böckenfördes These ist viel diskutiert worden. Auch darüber, ob er vielleicht zu einseitig die christliche Ethik als moralische Grundlage des gesellschaftlichen Lebens im Blick hatte. Man braucht dies nicht zu entscheiden. Aber die christliche Lehre taugt nach meiner Überzeugung auch heute für die Sinnstiftung einer Gesellschaft, in die sicher mit zunehmender Zeit auch die Vorstellungen anderer Religionen berechtigterweise einfließen werden, weil immer mehr Menschen mit Wurzeln aus anderen Kulturen in unserem Land leben.

## Deutschland steht in christlich-jüdischer Tradition

Jede Gesellschaft baut auf einem historischen Fundament auf. Keine Nation kann ihrer Geschichte entfliehen. Ein Land ist nur aus seiner Geschichte zu verstehen. Die Bürger können ihr Land nur begreifen, wenn sie um dessen Historie wissen. Daher gehört zu unserem Selbstverständnis die schlichte Einsicht, dass Deutschland in einer christlich-jüdischen Tradition steht. Und diese beeinflusst natürlich nach wie vor die Werte unseres Landes.

Das Bundesverfassungsgericht hat dies in einer Urteilsbegründung 1995 ganz anschaulich erläutert. Ein Staat,

der die Religions- und Glaubensfreiheit umfassend gewährleiste und so dem Prinzip einer weltanschaulichen Neutralität verpflichtet sei, könne dennoch die kulturell vermittelten und verwurzelten Wertüberzeugungen „nicht abstreifen“.

Auf ihnen beruhe mithin der gesellschaftliche Zusammenhalt. „Die auf christliche Traditionen zurückgehenden Denktraditionen, Sinnerfahrungen und Verhaltensmuster können dem Staat nicht gleichgültig sein.“ Nicht, weil sie christlich seien, sondern weil sie Werte begründen. Das Bundesverfassungsgericht bringt es auf den Punkt: Die Bundesrepublik ist weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral.

## Religionen bieten Halt, Hilfe und Hoffnung

Ich finde, es ist an der Zeit, dass sich unser Land der christlich-abendländischen Tradition wieder etwas stärker besinnt. Ich formuliere dies bewusst in Respekt vor den anderen Religionen. Auch sie tragen zum Werteverständnis in unserer Gesellschaft bei und werden dies in Zukunft immer stärker tun, ohne Zweifel. Religionen besitzen diese Kraft.

Der umstrittene Theologe Hans Küng hat dazu einmal durchaus richtig sogar in Richtung einer guten Weltordnung formuliert: „Gewiss, Religionen waren und sind immer in Versuchung, zum Zwecke des Machterhalts ... um sich selber zu kreisen. Und doch vermögen sie, wo sie wollen, mit noch anderer Kraft als viele internationale Organisationen der Welt glaubwürdig zu machen, dass es ihnen um das Wohl der Menschen geht.“

Sie böten Halt, Hilfe und Hoffnung. Die Religionen und ihre Einrichtungen unterstützen die Menschen in unserem Land praktisch. Die Kirchen engagieren sich in der sozialen und caritativen Arbeit. Sie helfen Menschen in Not. Sie tragen zur medizinischen Versorgung bei. Aus der Kindererziehung, der Pflege von behinderten und alten Menschen sind kirchliche Einrichtungen nicht wegzudenken.

## Die christliche Lehre hat dieses Land geprägt

Da die Gesellschaft in Deutschland den Kirchen also viel verdankt, liegt es übrigens aus meiner Sicht auf der Hand, dass wir uns für den Fortbestand des bewährten Staatskirchenrechts einsetzen. Das ist übrigens auch Konsens in der großen Koalition.

Ein so unmittelbarer Dienst am Menschen festigt eine Gesellschaft. Aber es sind auch vor allem die Religionen, die darüber hinaus seit Jahrhunderten versuchen, die Antworten auf die letzten Fragen des Lebens zu geben. Woher komme ich? Was ist der Sinn meines Lebens? Was geschieht mit mir nach meinem Tod?

Bei aller Toleranz gegenüber anderen Religionen kann ich auch nichts Verwerfliches darin sehen, gerade in der christlichen Lehre Antworten auf diese Fragen zu suchen, die unsere Gesellschaft bewegen. Diese Religion hat uns geprägt. Rund 60 Prozent der Bevölkerung sind Mitglieder der christlichen Kirchen. Auch darüber sollte man einmal nachdenken – und nicht allein immer nur über die angeblich leeren Gotteshäuser. Es gibt an den Sonntagen auch gefüllte Kirchen!

## Muss ein Staat auch seine Feinde lieben?

Die Fragen, die die Gesellschaft jenseits der staatlichen Normierung beschäftigen, sind auch die Fragen, die uns Christen seit Jahrhunderten umtreiben: Wie ist das Verhältnis von Freiheit und Solidarität? Wie gehen wir mit der Verteilung der materiellen Güter um? Darf ein Staat zur Sicherung des Friedens Gewalt anwenden, oder muss er auch seine Feinde lieben? Darüber wird im Christentum seit Jahrhunderten gestritten. Es gibt oft keine abschließenden Antworten. Aber man findet in der christlichen Ethik sicherlich Orientierung.

Über solche Grundsatzfragen sollte mehr diskutiert werden – in den Medien, gerade in den unzähligen Talk-Shows unseres Fernsehens. Warum sollte man sich nicht einmal mit diesen Grundfragen menschlichen Lebens



Eine Pflegerin der Diakonie leistet mit ihrem Hund soziale Betreuung bei einer schwer demenzkranken Patientin.

und Zusammenlebens intensiver beschäftigen, in Zeiten, in denen der Einzelne immer mehr glaubt, dass nur seine Auffassung die einzig richtige ist? Wir brauchen mehr Tiefe in unseren Debatten.

Ein Beispiel: In den nächsten Monaten werden wir im Bundestag über die Frage der Sterbehilfe debattieren. Welche Position man hier einnimmt, hängt dabei maßgeblich davon ab, welchem Bild vom Menschen man folgt. Die Christen betrachten ihn als Geschöpf Gottes, ja als nach dem Bilde Gottes geformt. Das ist wahrlich ein starker Bezug. Der Mensch als Ebenbild Gottes! Wer sich dem anschließt, der muss die organisierte Sterbehilfe einfach unter Strafe stellen. Ein anderes Ergebnis ist unter dieser Prämisse praktisch nicht vorstellbar. Denn wer kann es dann wirklich dulden, dass jemand organisierte Hilfe leistet, Leben zu zerstören?

Wer den Menschen als Gottes Geschöpf ansieht, der wird aus dem Schutz der Würde des Lebens am Ende der menschlichen Existenz aber einen anderen zwingenden Schluss ziehen müssen. Er wird sich zu bemühen haben, dem Menschen ein Sterben in Würde zu ermöglichen. Nicht durch die Hand eines anderen, sondern an der Hand eines anderen sollen Menschen würdevoll sterben können. Wer so denkt, wird sich im Bundestag dann für eine weitere Stärkung der Hospizbewegung einsetzen.

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Als Union betreiben wir keine christliche Politik. CDU und CSU sind keine Parteien, die die Bibel in praktische Politik umsetzen. Dies ist nicht möglich. Wohl aber machen wir Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Dieses Menschenbild, das seit der Aufklärung vor allem den Einzelnen, jenseits des Kollektivs, kennt, gibt uns eine wertvolle Orientierung, die das Christentum auch heute für die Gesellschaft bieten soll und kann.

Denn der Mensch ist, wie es im Galaterbrief heißt, zur Freiheit befreit und zur Liebe am Nächsten berufen. Die christliche Lehre ist – dies gilt auch für andere Religionen – es wert, dass man sich wieder mehr mit ihr auseinandersetzt. Deutschland ist kein christlicher Staat, aber ein Land mit historischer und aktueller christlicher Prägung. Dem sollten wir uns wieder mehr zuwenden.

*Dieser aktualisierte Namensbeitrag basiert auf einem Text, den der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder für die Tageszeitung DIE WELT verfasst hat. Der Beitrag ist am 07.06.2014 erschienen.*

# Zur Freiheit berufen – zur Verantwortung verpflichtet

Das christliche Menschenbild  
in der aktuellen Arbeit



**Gerda Hasselfeldt MdB**

Erste Stellvertretende Vorsitzende  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
und Vorsitzende der CSU-Landes-  
gruppe

In Deutschland haben wir heute das Glück, in einer offenen Gesellschaft in Frieden und Freiheit zu leben. Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat; unser Grundgesetz garantiert unsere Rechts- und Verfassungsordnung und insbesondere die Menschenrechte. Vielen Generationen vor uns ist all dies versagt geblieben. Wofür brauchen wir in einer solch glücklichen Situation ein besonderes Menschenbild? Warum ausgerechnet ein christliches? Was soll dieses christliche Menschenbild mehr und Besseres leisten als andere Ansätze? Wie soll es uns leiten?

Der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat die Antwort auf diese Fragen auf den Punkt gebracht: Jedes Gemeinwesen, auch der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren und auch nicht schaffen kann. Denn nicht der Staat formt den Menschen zu dem, was er ist. Menschen begründen Staaten und formen ihre Gemeinschaft nach ihren Vorstellungen.

## Das christliche Menschenbild

Nach christlichem Verständnis ist der Mensch eine eigenständige Person, eine individuelle und soziale Existenz, einmalig in seinem Wesen, ausgestattet mit einer unveräußerlichen Würde, zur Freiheit berufen, zur Verantwortung verpflichtet und darin jedem anderen

Menschen gleich. Die Lehre von Freiheit und Gleichheit, von der Einmaligkeit und der Würde eines jeden ist universell. Darauf kann sich jede und jeder berufen – gleich welchen Glaubens.

Aus dieser Beschreibung des Menschen lassen sich zahlreiche Grundsätze ableiten, die für die Bildung des menschlichen Gemeinwesens, für das Handeln des Staates nach innen und nach außen, für die Form des Wirtschaftens bis hin zu den täglich notwendigen Entscheidungen Orientierung geben. Das Gemeinwesen, das auf diesem Gedanken fußt, ist der freiheitliche demokratische Rechtsstaat.

## Nachhaltige Politik – Verantwortung für kommende Generationen

Wesentliche Orientierung, die aus dem christlichen Menschenbild resultiert, gibt die Pflicht zur Verantwortung, die untrennbar mit der Freiheit unseres Handelns verbunden ist. Verantwortung tragen wir vor Gott und den Menschen. Dies legt uns die Pflicht zum Respekt vor Gottes Schöpfung auf und verpflichtet uns zugleich, diese Schöpfung für die nachfolgenden Generationen zu bewahren. Im Hinblick auf unsere Kinder und Enkel obliegt es uns, auf eine Art zu leben und zu wirtschaften, die Chancen künftiger Generationen auf ein selbstbestimmtes Leben nicht schmälert. Dieser Kern des Prinzips der Nachhaltigkeit sollte Grundprinzip jeden Handelns und besonders jeden politischen Handelns sein.

Von diesen Gedanken sind wir geleitet – zum Beispiel bei der Energiewende, bei der Umweltpolitik und beim Klimaschutz, bei unseren Hilfen für Entwicklungs- und Schwellenländer. Stets sind die drei Säulen der Nachhaltigkeit zu bedenken: Ökonomie, Ökologie, Soziales. Oft ergeben sich widerstreitende Interessen zwischen diesen Säulen. Aber nur eine Entwicklung, die diese Interessen sorgfältig austariert, ist auf Dauer nachhaltig und damit erfolgreich. Das Prinzip Nachhaltigkeit setzen wir – um ein weiteres Beispiel zu nennen – aktuell beim Bundeshaushalt 2015 um. Wir schaffen den ausgeglichenen Haushalt – die „schwarze Null“ – ohne höhere Steuern

und haben damit alle Generationen im Blick: die Generation der Älteren, die den heutigen Wohlstand erwirtschaftet hat; die Generation derer, die heute für den Wohlstand von morgen arbeitet und die Generation jener, die nach uns kommt.

## Soziale Marktwirtschaft – der Mensch im Mittelpunkt

Die Soziale Marktwirtschaft ist als Gegenentwurf zu Sozialismus und Kapitalismus eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung, die zugleich zu einer Friedensordnung geworden ist. Der Sozialismus will die Menschen nach einem fiktiven Idealbild umerziehen und darauf eine ebenso „ideale“ Gesellschaft bauen. Alle Versuche, das in die Realität umzusetzen, sind in Unterdrückung und Diktatur gemündet. Auch der Kapitalismus im Verständnis ungezügelter Marktgeschehens vergeht sich an den Menschen. Der Mensch als soziales Wesen bleibt außen vor. Die soziale Marktwirtschaft hingegen verbindet die Freiheit des Einzelnen, die sich in der Freiheit des Marktes widerspiegelt, mit der Verantwortung des Einzelnen für den Mitmenschen und der daraus resultierenden Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs.

Wir sehen den Menschen als ein Individuum, das etwas leisten und schaffen will. Deshalb wollen wir Arbeit und Wohlstand sichern, deshalb setzen wir uns für Wachstum und Beschäftigung ein. Die monatlich verkündeten und über einen langen Zeitraum bis heute sinkenden Arbeitslosenzahlen, aber mehr noch die stetig wachsende Zahl der Beschäftigten sind der sichtbare Beweis für die Richtigkeit dieser Politik.

Wir arbeiten dafür, dass unsere Unternehmen ihre Innovationskraft erhalten und ausbauen können, damit sie wettbewerbsfähig bleiben. Dafür brauchen sie Planungssicherheit und weniger Bürokratie. Aktuell sollen die Hightech-Strategie und eine aktive Innovationspolitik, mit denen der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter gestärkt wird, die Potenziale der Wirtschaft fördern. Das schafft neues und nachhaltiges Wachstum, sichere Arbeitsplätze und Wohlstand für alle.

Gute Arbeit verlangt auch gerechte Entlohnung. Deshalb haben wir einen Mindestlohn in Deutschland beschlossen. Aber wir haben sehr darauf geachtet, dass nicht der Staat die Lohnhöhe diktiert. Es passt nicht in ein freiheitliches Gemeinwesen, wenn die freiwilligen Zusammenschlüsse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Unternehmerinnen und Unternehmern in Tarifparteien quasi entmündigt werden. Die Lohnfindung bleibt in der Verantwortung der Tarifparteien.

Freiheit des Marktes auf der einen Seite und sozialer Ausgleich auf der anderen Seite müssen immer wieder neu ausgerichtet werden. Die Menschen müssen am Wohlstand teilhaben, aber dieser Wohlstand muss zuerst erarbeitet werden. Diesen Grundsatz zu beachten ist zwingend, wenn Politik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes Veränderungen aufgreift und gestaltet.

## Familien – Grundpfeiler unserer Gesellschaft

Familienstrukturen ändern sich. Die Großfamilie findet sich immer seltener. Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile sind auf dem Vormarsch. Der demografische Wandel wird sichtbarer. Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes setzt angesichts dieser Veränderungen auf den Zusammenhalt der Gesellschaft, auf das solidarisch Verbindende zwischen den Menschen und den Generationen.

Der Urgrund des Sozialen liegt nicht im Staat, sondern in der Familie. Sie gilt es zu schützen. Denn Familien leisten, was kein Staat leisten kann: Sie geben Kindern alle wichtigen Lebensgrundlagen mit auf den Lebensweg. Hier lernen sie Solidarität, Zusammenhalt und Verantwortung für sich und andere, sich etwas zuzutrauen und einander zu vertrauen. So wird es in den allermeisten Familien gelebt. Dort, wo Hilfe notwendig wird, gibt die Gemeinschaft Unterstützung.

Der Schutz von Ehe und Familie ist deshalb ein Grundpfeiler einer Politik aus christlichem Verständnis. Das

heißt zuallererst: Der Staat hat den Eltern nicht zu sagen, wie sie Familie leben sollen, sondern dafür zu sorgen, dass sie Familie so leben können, wie sie es für richtig halten. Wir vertrauen den Eltern und trauen ihnen etwas zu. Wir fördern deshalb die ganze Vielfalt der Familienmodelle mit dem Betreuungsgeld und mit bedarfsgerechter Kinderbetreuung. Die stetig wachsende Zahl derjenigen, die das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen, zeigt, dass dieser Ansatz richtig ist.

Solidarität mit unseren Mitmenschen gehört zum christlichen Menschenbild. Der Mensch als soziales Wesen ist auf die Gemeinschaft angewiesen, zu deren Erhalt und Fortentwicklung er seinen Beitrag leistet, so wie er es kann.

99. Katholikentag in Regensburg:  
Zahlreiche Gläubige nahmen am  
1. Juni 2014 in Regensburg (Bayern)  
am Abschlussgottesdienst teil.



Das heißt auch, dass die starken Schultern mehr tragen müssen als schwache. Die großen Risiken des Lebens und die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben werden solidarisch getragen. So etwa bei der Rente, bei der Pflege und bei der Inklusion.

Die Mütterrente ist eine konkrete Folge jener Solidarität. Diejenigen Mütter, die in der Vergangenheit zulasten der eigenen Erwerbsbiographie Kinder großgezogen haben, dürfen dafür nicht auch noch bei der Rente bestraft werden. Dies ist schlicht eine Frage der Gerechtigkeit.

Die heutige Generation der Älteren ist die fitteste aller Zeiten. Dennoch muss jede zweite Frau und jeder dritte Mann damit rechnen, im Alter an Demenz zu erkranken. Die Pflegereform, die wir auf den Weg gebracht haben, macht die Pflege zukunftsfest und hilft denjenigen, die aufopferungsvoll ihre Angehörigen pflegen.

## Das solidarische Gemeinwesen – Verantwortung für den Mitmenschen

Mit dem geplanten Bundesteilhabegesetz werden Menschen mit Behinderung aus der Fürsorge der Sozialhilfe herausgeholt. Ihr Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft und am gesellschaftlichen Leben wird auf eine neue und bessere Basis gestellt. Das ist ein Paradigmenwechsel. Und zugleich ist dies ein Meilenstein für die inklusive Gesellschaft, für das soziale Miteinander aller Menschen, gleich ob behindert oder nicht.

Das christliche Menschenbild und die christlichen Werte leiten uns auch, wenn es um Fragen geht, die sich am Ende des Lebens stellen. Für uns Christen ist der Lebensschutz unbedingt, weil die menschliche Würde unveräußerlich ist. Und dieser Schutz gilt immer, gerade auch dann, wenn das menschliche Leben am meisten auf Schutz angewiesen ist: an seinem Anfang und an seinem Ende. In der aktuellen Debatte um die Sterbebegleitung muss es zuvorderst darum gehen, dass der, der geht, am Ende Trost und Begleitung findet. Jede Ökonomisierung der Sterbehilfe lehnen wir strikt ab. Was wir brauchen,

ist eine Stärkung der Hospizversorgung und der Palliativmedizin, damit ein Leben in Würde bis zuletzt möglich ist.

## Unsere Verantwortung – auch weltweit

Die Welt ist unübersichtlicher und unsicherer geworden. Die Liste der Konflikte ist lang und erschreckend: Die Russland-Ukraine-Krise, die Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten und auch der Ebola-Ausbruch zwingen aus humanitären Gründen zu raschem und entschlossenem Handeln.

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die Unteilbarkeit der Menschenrechte bilden die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Die Werte, auf denen der demokratische Rechtsstaat in Deutschland fußt, sind die gleichen Werte, die wir für eine Weltordnung anstreben. Deshalb muss immer und immer wieder bei Staaten, die diese Wertvorstellungen nicht teilen, ihre Respektierung eingefordert werden. Dazu bedarf es viel Geduld und Beharrlichkeit, doch dies liegt in unserem ureigenen Interesse.

Unsere Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes setzt sich Schritt für Schritt für den Aufbau dieser wertorientierten Weltordnung ein – über eine Vielzahl von Gesprächen, bi- und multilateralen Erklärungen und Vereinbarungen, völkerrechtlichen Verträgen und Konventionen und durch unsere Arbeit in regionalen und internationalen Organisationen. Auch mit Staaten, die sich nicht als Teil einer großen Weltgemeinschaft verstehen oder unsere Werte eines friedlichen, toleranten und gleichberechtigten Zusammenlebens nicht teilen, soll der Gesprächsfaden nicht abreißen. Nur so besteht die Aussicht auf Fortschritte für Frieden und Freiheit. Diese Maxime leitet uns auch im Russland-Ukraine-Konflikt, so schwer und mühselig dies auch sein mag, Verletzungen des Völkerrechtes dürfen wir nicht dulden.

Wertegeleitete Außenpolitik kann aber auch in die Situation kommen, dass zu den Waffen gegriffen werden muss

oder ein Waffengang unterstützt wird, wie zur Zeit beim Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Wenn alle anderen Mittel versagen, Frieden, Freiheit und grundlegende Menschenrechte – hier das Recht auf Leben und das Recht auf Religionsfreiheit – zu verteidigen, dann kann auch ein bewaffneter Konflikt unausweichlich sein. Dann muss die akute Not der drangsalieren Menschen mit humanitärer Hilfe gelindert werden, dann müssen die Bedrohungen zurückgedrängt werden und dann muss auch für die Zeit nach dem Konflikt Vorsorge getroffen werden.

Auch im Kampf gegen die Ebola-Epidemie in Westafrika können wir unsere Mitmenschen nicht im Stich lassen. Das verlangt letztlich das christliche Gebot der Nächstenliebe. Aber es gilt auch, für die Zeit danach zu planen und zum Beispiel beim Aufbau eines funktionierenden Gesundheitswesens zu helfen, damit es nicht wieder zu einer solchen Epidemie kommen kann.

Die bewaffneten Konflikte dieser Tage machen einmal mehr deutlich, welch enorme politische Leistung es war, in Europa Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu vereinigen. Die europäische Einigung ermöglicht den Menschen auf unserem Kontinent ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung, in Wohlstand und sozialer Sicherheit. Umso wichtiger ist es, dieses beispielhafte Friedensprojekt auch in Zukunft zu bewahren und weiterzuentwickeln. Nur eine enge Zusammenarbeit der Staaten Europas kann die Grundlage für dauerhaften Frieden und Wohlstand sein.

Heute stehen wir im Inneren wie in unserem Außenverhältnis vor großen Herausforderungen. Unser Land ist gefragt: Wir können uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Immer kommt es dabei darauf an, Freiheit und Verantwortung richtig auszubalancieren und in konkrete Politik zu übersetzen. Das ist unsere Aufgabe als Politiker. Dafür ist das christliche Menschenbild eine stete Orientierung.

# Zur Wahrung der Menschenwürde gehört der Schutz der Religionsfreiheit

Wahre Freiheit heißt auch Freiheit im Glauben

Die Menschenrechte schützen die Freiheit des Menschen umfassend. Es gibt in unserem Land keinen Bereich des Lebens, wo sich ein Bürger nicht auf den Schutz der Grundrechte berufen kann.



**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Der Einzelne wird für sich das Grundrecht auswählen, das für sein persönliches Leben besonders wichtig ist. Für die, die in ihrem Glauben tief verwurzelt sind, wird dies die Religionsfreiheit sein. Auch ich zähle mich zu diesen Menschen.

## Glaube als Fundament der Existenz

In der Diskussion über die Wahrung der Menschenrechte spielte die Religionsfreiheit lange eine untergeordnete Rolle. Wegen ihrer Bedeutung für die Demokratie wurde auch international mehr darauf geachtet, ob Staaten etwa die Meinungs- und Pressefreiheit gewährleisten. Damit keine Zweifel aufkommen: Beide sind wichtige Grundrechte. Menschenrechte sollten nie gegeneinander ausgespielt werden. Aber Religionsfreiheit darf selbst in einer säkularen Gesellschaft kein Grundrecht zweiter Klasse sein.

Im Gegenteil: Der Glaube ist für unzählige Menschen das Fundament ihrer Existenz. In ihm finden die Menschen die Antworten auf die elementaren Fragen des Lebens. Der Glaube prägt sie. Das Bekenntnis ist Teil ihrer Persönlichkeit.

Wer Menschen schützen will, muss daher auch die Freiheit des Glaubens schützen. Wer jedoch einem Menschen die Freiheit seines Glaubens verweigert, der nimmt ihm ein Stück seiner Würde. Und nur wer seinen Glauben frei leben darf, besitzt wahre Freiheit. Diese Freiheit beinhaltet nicht nur, frei zu beten, Gottesdienste zu besuchen, sich in der Gemeinde zu engagieren, für den Glauben zu werben, kurz also: den Glauben zu leben. Nein, es beinhaltet auch – und gerade die Inanspruchnahme dieses Rechts wird in zahlreichen muslimisch geprägten Ländern sogar mit dem Tode bedroht –, den Glauben zu wechseln und einen neuen anzunehmen. Jeder Mensch soll sich immer neu entscheiden können, was er glaubt und an wen er glaubt. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt der Glaubensfreiheit.

## Religionsfreiheit ist elementares Menschenrecht

Die Religionsfreiheit ist also ein elementares Menschenrecht. Dementsprechend ist sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und in den Verfassungen vieler Staaten verankert. Auch unser Grundgesetz sagt in den Absätzen 1 und 2 des Artikels 4: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“

Der Schutz der Menschenrechte beginnt zwar mit ihrer Proklamation. Hehre Worte allein reichen allerdings nicht; die Menschenrechte müssen auch aktiv gewahrt werden. Und gerade die Freiheit des Glaubens ist heute in vielen Regionen der Welt wieder so bedroht wie vor hundert Jahren, zu Zeiten der Religionskriege in Europa. Erst mit der Aufklärung begann der religiöse Hass in Europa langsam und unter vielen Rückschlägen zu weichen, wobei die Verfolgung auch aus religiösen Gründen in der Zeit des Nationalsozialismus noch einmal einen schrecklichen und bis heute unbegreiflichen Höhepunkt erreichte. Erst heute ist das in der EU vereinte Europa ein Kontinent der Religionsfreiheit. Von diesem Geist der Aufklärung und Toleranz ist die Welt in weiten

Teilen aber leider immer noch nicht erfüllt. Nach einer Untersuchung in 192 Ländern und Regionen waren in einem Drittel Spannungen zwischen den Religionsgruppen zu verzeichnen.

Wir beobachten in jüngster Zeit, dass Konflikte durch die unterschiedlichen religiösen Bindungen der Kontrahenten zumindest gefördert werden. Die Religion ist oft nicht die alleinige Ursache der Auseinandersetzungen. Ohne den unterschiedlichen Glauben lassen sich diese aber auch nicht erklären.

## Freiheit des Glaubens gilt für alle Religionen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt dafür ein, dass die Freiheit des Glaubens für die Angehörigen aller Religionen gilt. Fassungslos macht uns, wenn in Syrien und im Irak die Angehörigen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) gegen Mitglieder anderer Glaubensrichtungen brutal und absolut menschenverachtend zu Felde ziehen. Die Menschenverachtung im Namen Gottes, die das Handeln dieser Terroristen prägt, hätte sich bis vor kurzem niemand vorstellen können.

Als Christen bewegt uns aber besonders die Lage unser Glaubensbrüder und –schwestern, die nicht nur im Mittleren Osten, sondern in vielen Teilen der Welt bedrängt oder verfolgt werden und um Leib und Leben bangen müssen. Nach Studien unabhängiger Institute sind die Christen die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. Über 100 Millionen Christen sollen betroffen sein.

Die Liste der Länder, in denen Christen verfolgt werden, ist lang. Ganz oben im aktuellen Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerkes Open Doors steht Nordkorea. Wen wundert es, bei einem Staat, der jede Individualität bekämpft, der die Menschen gleichmachen will. Wer dort eine Bibel besitzt, muss allein schon deswegen mit brutalsten Strafen rechnen.

Ein anderes Beispiel ist der Sudan. Erinnern wir uns an das Todesurteil eines sudanesischen Gerichts gegen die

Vor dem „Islamischen Staat“  
geflohene Menschen in einer  
provisorischen Flüchtlings-  
unterkunft in Erbil (Nordirak)



hochschwängere 27-jährige Christin Mariam Yahia Ibrahim Ishag. Ihr wurde ein angeblicher Glaubenswechsel zur Last gelegt, weil ihr früh verstorbener Vater Muslim war. Erst auf massiven internationalen Druck kam sie frei. Das alles geschah in einem Land, das von sich behauptet, die Religionsfreiheit zu wahren und das die Religionsfreiheit in seiner Landesverfassung festgeschrieben hat.

Dramatisch ist bekanntlich auch die Lage in Nigeria. Kirchen werden verbrannt; zwölf der 36 Bundesstaaten haben die Scharia als offizielles Rechtssystem eingeführt. Der Fall der überwiegend christlichen Schulmädchen, die von der radikal-islamistischen Terrorsekte Boko Haram entführt wurden, erschütterte die Welt.

## Irak darf keine christenfreie Zone werden

Besonders hat sich natürlich die Lage in den vergangenen Jahren im Mittleren Osten und dem Irak zugespitzt. Über eine Million Christen lebten vor dem Sturz von Saddam Hussein im Irak. Heute soll es nur noch ein Viertel sein. Von denen mussten sich wiederum Zehntausende vor der Mörderbande des IS in Sicherheit bringen. In Erbil leben sie heute in provisorischen Unterkünften.

Vor einiger Zeit habe ich in der kurdischen Stadt mit vielen Christen persönlich gesprochen – auch mit Jesiden, die besonders von den IS-Truppen verfolgt wurden. Sie mussten auf der Flucht alles zurücklassen. Viele Angehörige der jesidischen Flüchtlinge sind von dem IS bestialisch ermordet oder an unbekannte Orte verschleppt worden.

Die Menschen haben keine Perspektive. Die Mehrzahl von ihnen würde gerne in ihre Heimatdörfer zurückkehren. Doch das Vertrauen zu ihren arabischen Nachbarn ist zerstört. Denn als die IS-Truppen heranrückten, beschmierten diese oft die Häuser der Christen mit einem „N“, das für Nazarener (Christen) steht, und gaben sie so dem Terror preis. Nun wissen die Christen nicht mehr, wem sie trauen können.

## Vorsichtiges Aufatmen für Christen in China und Ägypten

Natürlich gibt es Länder, in denen sich die Lage in den vergangenen Jahren verbessert hat. Auch das gehört zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme.

Zu diesen Staaten zählt China. Dort füllen sich die christlichen Gotteshäuser mehr und mehr. Die Kirchen bleiben jedoch unter staatlicher Aufsicht. Die sogenannten Hauskirchen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen, werden bestenfalls geduldet. In China warten gerade die katholischen Gläubigen auf eine Normalisierung des Verhältnisses zum Vatikan. Noch immer ist die Ernennung von Bischöfen durch Rom nicht möglich. Es ist aber eine Selbstverständlichkeit, dass die Kirche ihr religiöses Führungspersonal selbst aussuchen können muss.

Die Kopten in Ägypten können derzeit etwas aufatmen. Sie hatten befürchtet, unter der Herrschaft der Muslimbrüder an den Rand der ägyptischen Gesellschaft gedrängt zu werden. Unter dem neuen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi scheint diese Gefahr gebannt zu sein. Doch kann uns die Entwicklung in Ägypten insgesamt nicht froh stimmen, weil Zweifel an der Wahrung der demokratischen Grundrechte bestehen und eine Aussöhnung der verschiedenen Bevölkerungsteile nicht absehbar ist.

## Deutschland und Europa müssen helfen

Unter dem Strich bleiben große Sorgen, betrachtet man die Lage der Religionsfreiheit auf der ganzen Welt und die Situation der Christen im Speziellen. Was können wir also in Deutschland und Europa tun, um die Situation wenigstens etwas zu verbessern?

Zunächst einmal gilt es, wenn notwendig, humanitäre Hilfe zu leisten. Auch für die Christen im Nordirak sind Hilfsprogramme angelaufen. Die Unterstützung muss aber ankommen. Wir werden einem gewissen Anteil der Menschen bei uns Zuflucht bieten müssen, auch das gehört zur Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Generell müssen wir der Wahrung der Religionsfreiheit viel mehr Beachtung schenken. Nur wenn wir wissen, was wo geschieht, können wir tätig werden. Ich bin dankbar, dass das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors nun schon seit mehreren Jahren den sogenannten Weltverfolgungsindex erstellt. An diesem kann man sehr gut ablesen, wie sich die Lage der Christen in den einzelnen Ländern entwickelt. Aber auch die großen christlichen Kirchen in Deutschland haben sich in einem gemeinsamen Bericht mit dem Thema auseinandergesetzt. Durch dieses Engagement wissen wir heute mehr über die Bedrängung und Verfolgung vor Christen als noch vor Jahren.

## Religionsfreiheit in der Außenpolitik thematisieren

Der zweite und noch wichtigere Schritt ist, aus diesen Erkenntnissen praktische politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die große Koalition hat sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, für die Religionsfreiheit einzutreten. Das bedeutet für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass in der Außenpolitik der Beachtung dieses Menschenrechts besondere Bedeutung eingeräumt werden muss.

Konkret heißt dies, dass die deutsche Seite bei ihren Kontakten mit Ländern, in denen das Recht nicht verwirklicht wird, auf die Einhaltung der Religionsfreiheit pochen muss. So wie ich es sehe, darf in diesen Fällen eben nicht nur die normale Tagesordnung abgehandelt werden. Das Thema Religionsfreiheit ist zwingend anzusprechen.

Viele Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgen wie ich diese Linie seit längerem. Es ist eine Frage des diplomatischen Geschicks, wie man das Thema Religionsfreiheit anspricht. Ich habe selbst aber noch nie erlebt, dass die Gesprächspartner sich nicht auf eine Diskussion einlassen.

Die Thematisierung kann der erste Weg zur Besserung sein. Denn die überwiegende Zahl der betroffenen Regierungen will sich nicht nachsagen lassen, das Menschen-

recht auf Religionsfreiheit zu missachten. Zumal, wenn der jeweilige Staat die allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet hat. Kaum ein Staat will sich an den internationalen Pranger stellen lassen.

Doch es gibt Ausnahmen: Ein Land wie Nordkorea reagiert auf Vorhalte nicht. Mit dem IS kann man nicht sprechen. Das bedeutet aber nicht, dass man generell darauf verzichten sollte, das dicke Brett der Religionsfreiheit zu bohren. Sicherlich ist die Einhaltung der Religionsfreiheit immer eine Frage, die auch für die Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung ist.

## EU braucht Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit

Im Streben für eine Stärkung der Religionsfreiheit müssen wir internationale Allianzen bilden. Auf europäischer Ebene sollten wir damit beginnen. Europa ist eine Wertegemeinschaft. Die EU versteht sich als Fürsprecherin der Menschenrechte. Angesichts der Bedrohung der Religionsfreiheit sollte die neue EU-Kommission hier einen besonderen Akzent setzen.

Am besten könnte dies geschehen, wenn das Thema in der neuen EU-Kommission ein Gesicht und eine Stimme bekäme. Denn Themen verbinden sich immer mit Personen. Mit einem eigenen EU-Beauftragten für Religionsfreiheit würde Europa die Bedeutung dieses Anliegens für den Frieden in der Welt unterstreichen. Es wäre ein deutliches Zeichen. Ich hoffe, dass es bald kommt. Angesichts der Bedeutung der Glaubensfreiheit wäre dies mehr als angemessen.

*Dieser aktualisierte Namensbeitrag basiert auf einem Text, den der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder für das Katholische Sonntagsblatt verfasst hat. Der Beitrag ist in der Ausgabe 31/2014 erschienen.*

# Religionsfreiheit in der aktuellen außenpolitischen Situation

Elementares Menschenrecht verteidigen

2014 zählte die Nichtregierungsorganisation Open Doors weltweit über 100 Millionen Christen, die in über 50 Ländern aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Christen sind die am meisten verfolgte Glaubensgruppe. Die brutale Missachtung der Religionsfreiheit geht inzwischen nicht mehr nur von autoritären Regimen aus, sondern erfolgt auch dort, wo die staatliche Ordnung bedroht oder zusammengebrochen ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich seit vielen Jahren nachdrücklich für mehr Religionsfreiheit und den Schutz der christlichen Minderheiten ein.

In diesem Jahr hat sich durch den Vormarsch brutaler radikal-islamistischer Gruppierungen die Situation der Christen insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Afrika erheblich verschlechtert. Viele Christen sind in einer verzweifelten Lage und fürchten um ihr Leben.



**Dr. Andreas Schockenhoff** MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Christen im Irak müssen eine Zukunft haben

Durch den Vormarsch der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) seit Juni 2014 sind die Christen im Irak existenziell bedroht. Weite Teile von Nord- und Westirak sind der Kontrolle der Zentralregierung entglitten. In diesen Gegenden, vor allem der Provinz Ninawa mit der Hauptstadt Mosul, liegen Hauptsiedlungs-

gebiete der Minderheiten. Dort hat sich die Lage all derer dramatisch verschlechtert, die sich nicht der radikalen Auslegung des Islam unterwerfen: Turkmenen, Shaback, Jesiden und Christen wurden bzw. sind Opfer von Vertreibungen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt alle Maßnahmen, die den Menschen das Überleben sichern. Es geht dabei um Unterstützung für diejenigen, die sich den Extremisten mutig entgegenstellen sowie für die Opfer. Christen müssen weiterhin eine Zukunft in dieser Region haben.

Das Gebiet des heutigen Irak war seit der Frühzeit des Christentums Heimstatt für religiöse Gemeinden (Assyrer, Chaldäer, Aramäer). Vor dem Irak-Krieg 2003 lebten über eine Million Christen im Land. Mehr als die Hälfte von ihnen hat den Irak seitdem verlassen. Nach der Vertreibung von mehr als 100.000 Christen durch die IS-Terroristen sprechen irakische Kirchenvertreter bereits vom „Anfang vom Ende der Christen im Nordirak“.

Nach der Einnahme der Provinzhauptstadt Mosul durch die IS-Terroristen wurden Wohnhäuser und Läden von Christen mit einem arabischen „N“ für Nazarener (Christen) markiert. Den Christen wurde der Tod angedroht, falls sie nicht zum Islam konvertierten. Dies führte zu einer neuen Flüchtlingswelle fast aller der annähernd 35.000 Christen aus Mosul in den kurdischen Norden. Laut World Watch Monitor haben die letzten Christen mittlerweile auch die Städte Bartella und Karakosch verlassen.

## Situation der Flüchtlinge im Nordirak ist dramatisch

Der Großteil der christlichen Flüchtlinge befindet sich derzeit im christlichen Viertel Ankawa in Erbil und in der Provinz Dohuk. Dort machten sich der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und sein für Außen- und Sicherheitspolitik zuständiger Stellvertreter Andreas Schockenhoff Ende August ein Bild der Lage. Allein im christlichen Viertel der Hauptstadt Erbil trägt die Kirche nach Aus-

sagen des Erzbischofs der chaldäischen Diözese, Bashar Warda, Verantwortung für 30.000 christliche Binnenvertriebene (zusätzlich zur Gemeinde mit 32.000 christlicher Stammbevölkerung).

In den von den IS-Terroristen mittlerweile kontrollierten Gebieten im Norden und Osten Syriens ist die Lage genauso bedrohlich. Bereits vor den Erfolgen der Dschihadisten waren zahlreiche Christen als Folge des Krieges,

---

## Religiöse Vielfalt im Irak

Das Gebiet des heutigen Irak war seit der Frühzeit des Christentums Heimat für viele christliche Religionsgemeinschaften wie Assyrer, Chaldäer, Aramäer und auch für Jesiden. Wenige andere Länder kennen in ihrer Historie eine solche ethnische und religiöse Vielfalt. Die Religionen lebten meist friedlich zusammen. Christen haben auch eine lange Tradition in irakischen Großstädten wie Bagdad und Mossul.

Noch zu Beginn der 1990er-Jahre waren mehr als 1,2 Millionen Christen im Land. Seit dem Irak-Krieg 2003 hat sich die Lage beständig verschlechtert. Die religiös motivierte Gewalt nimmt zu. Mehr als die Hälfte der Christen hat den Irak seitdem verlassen. Von den mehr als 1,2 Millionen sind nur noch etwa 330 000 Christen im Land. Viele sind ins Ausland (vorwiegend Jordanien, Libanon und Syrien) oder

in die nördliche kurdische Region geflohen. Dort werden sie nun durch den „Islamischen Staat“ (IS) verfolgt. Der IS hat Schätzungen zufolge bereits hunderttausende Christen vertrieben.



Irakische Christen feiern die Ostermesse in der „Virgin Mary Chaldean“ Kirche in Bagdad (Irak).

den Machthaber Assad gegen das syrische Volk führt, ausgewandert. 2011 lag der Bevölkerungsanteil der Christen noch bei ca. 5 Prozent. Einige Geistliche sind im Verlauf des Konflikts entführt worden und seitdem verschollen.

Der „Islamische Staat“ strebt eine Ausweitung seiner Terrorherrschaft über die Grenzen des Iraks und Syriens hinaus an. Wird sein Vormarsch nicht gestoppt, sind auch Jordanien und Libanon und damit die Christen dort akut bedroht.



Andreas Schockenhoff und Volker Kauder im Gespräch mit Menschen, die vor dem „Islamischen Staat“ nach Erbil (Nordirak) geflohen sind

## Vorsichtiges Aufatmen in Ägypten

Die Lage der Christen in Ägypten wiederum hat sich nach dem Machtwechsel vom Juli 2014 beträchtlich stabilisiert.

Die sporadisch aufflammende Gewalt gegen Kopten erreichte letzten Sommer einen Höhepunkt nach Auflösung der Protestlager der Muslimbruderschaft durch die ägyptischen Sicherheitskräfte. Muslimische Extremisten warfen den Kopten vor, hinter dem vom Militär herbeigeführten Machtwechsel zu stehen. Schon in den letzten Jahren der Herrschaft Mubaraks und während der Machtausübung des Obersten Militärrats (bis Juni 2012) war es immer wieder zu Angriffen auf die christliche Minderheit gekommen, die viele Todesopfer gefordert hatten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Entwicklungen in Ägypten in den vergangenen Jahren intensiv begleitet. In zahlreichen Gesprächen haben wir unermüdlich darauf gedrängt, dass sich die koptischen Christen frei zu ihrem Glauben bekennen können.

Die neue Regierung, wie auch die Übergangsregierung zuvor, bemüht sich um den Schutz der Kirchen. Kirchenvertreter betonten, dass sich die allgemeine Atmosphäre für Christen nach dem Sturz Mursis verbessert habe. So haben muslimische Publizisten das Wort für Christen erhoben und moderate Muslime verteidigen Kirchen gegen militante Islamisten. Der Sicherheit der Kopten ist aber nicht damit gedient, dass die Regierung Sisi die Übergriffe muslimischer Extremisten gegen Christen als Teil der Legitimation für ihr eigenes repressives Vorgehen gegen Aktivisten der Zivilgesellschaft und die Muslimbrüder missbraucht.

## Brutales Wüten von Boko Haram in Nigeria

Das brutale Wüten der Terrororganisation Boko Haram hat unser besonderes Augenmerk auch auf Nigeria gerichtet.

Es gelingt dem nigerianischen Staat derzeit nicht, seine Bürger, Christen wie Muslime (die jeweils ca. 45 Prozent der Bevölkerung ausmachen), vor Angriffen der Terrorgruppe Boko Haram zu schützen. Bereits seit 2011, als am Weihnachtstag eine Kirche in einem Vorort von Abuja von Boko Haram angegriffen wurde, sind christliche Einrichtungen regelmäßig Ziel der Sekte gewesen.

Die bewussten Angriffe von Boko Haram auf religiöse Ziele leisten einer interreligiösen Radikalisierung Vorschub. Ermutigend ist, dass islamische Geistliche die Anschläge auf Christen ebenso scharf verurteilen wie christliche Führer solche auf Muslime.

Den nicht einfachen Weg dieser Länder hin zu Frieden und Stabilität wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiterhin intensiv begleiten. Darüber hinaus werden wir weiterhin die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religionsfreiheit garantiert und umgesetzt wird, in allen Ländern, in den Christen verfolgt und diskriminiert werden, aktiv unterstützen.

# Religionsfreiheit und die Werte unserer Entwicklungspolitik

Der Menschenwürde weltweit Geltung verschaffen



**Dr. Gerd Müller MdB**  
Bundesminister für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So formuliert es das Grundgesetz klar und deutlich. Die Menschenwürde ist der oberste Wert des Grundgesetzes, sie ist seine wichtigste Wertentscheidung. Alle anderen Rechte und Bestimmungen müssen vor diesem Grundsatz bestehen, sich nach ihm richten. Unser Menschsein verbindet uns als Inhaber dieser unveräußerlichen Würde. Aber: Diese Würde und die daraus abgeleiteten Menschenrechte sind in vielen Ländern der Welt jeden Tag gefährdet. Ich sage es deutlicher: Die Menschenwürde wird missachtet, sie wird verletzt und mit Füßen getreten. Sei es, dass die Näherinnen in Bangladesch unter unsäglichen Bedingungen arbeiten müssen und mit einem

Hungerlohn nach Hause geschickt werden, sei es, dass Kinder in den Gerbereien Indiens mit nackten Füßen in Chemikalien stehen, damit wir für wenig Geld weiches Leder tragen können. Oder sei es, dass das Bekenntnis zu Jesus Christus im Irak Grund und Ursache für Diskriminierung oder gar für Mord ist. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt auch für diejenigen, die jenseits unserer Grenzen leben und die nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes wohnen. Das oberste Ziel unserer Entwicklungspolitik ist daher, der Würde des Menschen weltweit Geltung zu verschaffen. Es gilt, gegen die Verletzungen dieser Würde vorzugehen. Meine Entwicklungspolitik richtet sich aus diesem Grund nach innen und nach außen. Wir müssen die Menschen in Deutschland sensibilisieren. Wir müssen Sie achtsam und aufmerk-

sam werden lassen für die Situation der Näherinnen in Bangladesch und für das Leid der Kinder in den Gerbereien von Indien. Alles hängt mit allem zusammen. Mein Kaufverhalten entscheidet über die Lebensbedingungen anderer Menschen. Unsere Firmen können durch eine nachweisbare Wertschöpfungskette dafür sorgen, dass gerechte Löhne weltweit zum Markenkern gehören und besiegelt werden.

„Weit weg ist näher als du denkst!“ Dieses Jahresmotto der Caritas macht sehr schön deutlich, dass wir nicht wegschauen dürfen. Die christliche Auffassung, dass mein Nächster auch in der weitest entfernten Hütte lebt, gewinnt zunehmend an Aktualität.

Die Welt steht vor globalen Herausforderungen: Bevölkerungswachstum, Klimawandel, bewaffnete Konflikte und Flüchtlingsströme sind einige davon. Schwellenländer treten als neue Gestaltungsmächte auf die Weltbühne und so verschieben sich mit den politischen und ökonomischen Machtverhältnissen auch die bisherigen Koordinaten der geltenden Wertesysteme. Die Annahme vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), vom unaufhaltsamen Siegeszug von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit hat sich nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil: Autokratische Systeme gewinnen in dem Maße an Attraktivität, in dem der Glaube an den Erfolg westlicher Marktwirtschaften durch die Finanzkrise erschüttert wurde. Insbesondere in Afrika tritt die Konkurrenz verschiedener Wertesysteme durch das starke Engagement Chinas zutage.

Darüber hinaus geraten im Westen die „Glaubensgrundsätze“ der alten Modernisierungstheorie ins Wanken. Lange wurde davon ausgegangen, dass am Ende jeder erfolgreichen Entwicklung die Verbannung des Religiösen ins Private und die „Befreiung“ der Gesellschaft von „rückwärtsgewandten“ Praktiken und Institutionen stehe. An ihre Stelle trete Säkularismus und technologischer Fortschritt. Durch die Rückkehr der Religion auf die politische Weltbühne, aber auch durch die wachsende Erkenntnis, dass Entwicklungsziele ohne die Berücksichtigung des lokalen Wertekontextes nicht nachhaltig erreicht werden

können, werden solche Ansätze zunehmend hinterfragt und neue Formen der Kooperation notwendig.

Vor diesem Hintergrund ist mir der Dialog über global geltende Grundwerte und die Frage, wie wir Werte, Kultur und Religion professionell in unsere Entwicklungsbemühungen einbeziehen, wichtig. Die Verständigung darüber, in was für einer Welt wir leben möchten und an welchen Werten wir und andere sich orientieren sollten, ist kein Randthema, sondern Kern der Debatte um globale Entwicklung.

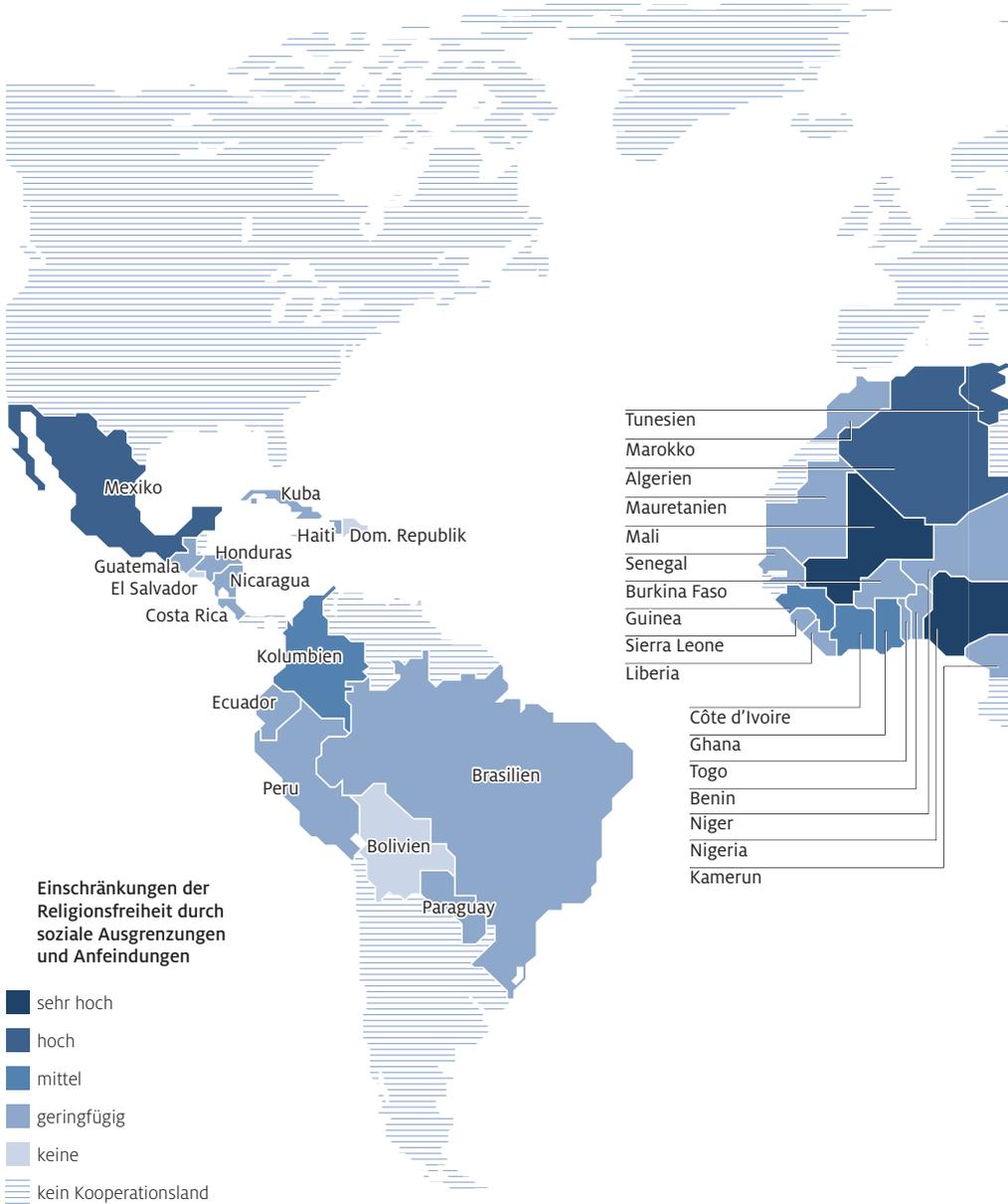
## Religion – die vergessene Dimension von nachhaltiger Entwicklung

Auf meinen Reisen, insbesondere in Afrika, begegnen mir immer wieder engagierte Menschen, die ihre Motivation aus dem Glauben ziehen. Da ist der Priester in der Zentralafrikanischen Republik, der die Türen seiner Kirche für Flüchtlinge öffnet. Da sind Bischöfe und Imame, die sich in Nigeria gemeinsam für Frieden und Dialog einsetzen. Da sind großartige Projekte der Kirchen, die in Gebieten aktiv sind, wo die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aufgrund fehlender staatlicher Strukturen keinen Zugang hat.

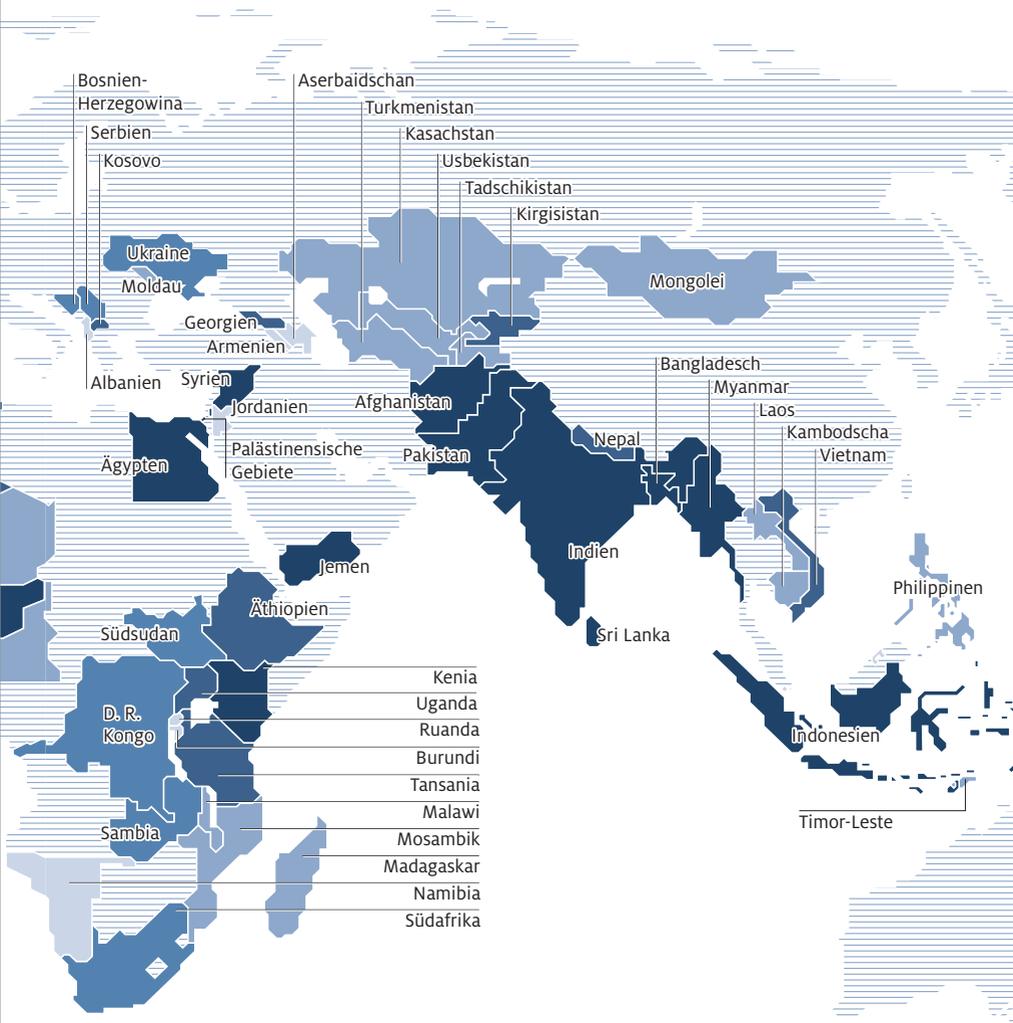
Religion ist in den meisten unserer Partnerländer die entscheidende Werte-Ressource. Religion hilft verstehen, verständigen und verändern! Religion beeinflusst die Weltsicht, den Lebensstil und das Engagement vieler Menschen und stellt dadurch eine starke politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft dar. Darüber hinaus tragen religiöse Institutionen seit jeher zu Wohlfahrt bei. Nach Schätzungen der Weltbank werden in Subsahara-Afrika ca. die Hälfte aller Leistungen im Bereich Bildung und Gesundheit von religiösen oder religiös-motivierten Organisationen erbracht. Religiöse Akteure gehören in Entwicklungsländern oft zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Kräften und unterhalten gleichzeitig ein Netzwerk, das Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene nimmt.

*Fortsetzung auf Seite 42*

# Umsetzung des Rechts auf Religionsfreiheit in Kooperationsländern des BMZ



Quelle: Pew Research Centre (2014) Report: Religious Hostilities Reach Six-Year High, Appendix 4  
<http://www.pewforum.org/2014/01/14/religious-hostilities-reach-six-year-high>  
 Stand: Juli 2014



Nicht zuletzt Versöhnung in gewalttätigen Konflikten gelingt am Ende nur in Zusammenarbeit der Religionen. Überall da wo wir mit unserer staatlichen Entwicklungszusammenarbeit hinkommen, sind Religionsgemeinschaften schon längst da. In religiös geprägten Gesellschaften können entwicklungspolitische Maßnahmen nur dann nachhaltige Wirkung entfalten, wenn sie den religiösen Kontext einbeziehen.

Lange hat die Entwicklungspolitik das Potential von Religion für nachhaltige Entwicklung vernachlässigt. Zu viele haben sich gescheut, die Zusammenarbeit mit lokalen Priestern, Imamen oder anderen Religionsvertretern im Interesse unserer gemeinsamen Ziele zu suchen. Aus falsch verstandener „Neutralität“ hat die staatliche Entwicklungspolitik oft einen Bogen um religiöse Motivationen gemacht. Dabei brauchen wir alle gesellschaftlichen Kräfte, um Hunger und Armut zu besiegen. Es gibt auch konkrete Beispiele, wie Religionen segensreich zusammenarbeiten: In Nigeria schlossen sich christliche und muslimische Geistliche im Kampf gegen Malaria zusammen. Unterstützt von der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit warben sie in den Kirchen und Moscheen für die Verwendung von Moskitonetzen. Ziel dieser Initiative ist es, 63 Millionen Moskitonetze an 30 Millionen nigerianische Haushalte zu verteilen. In Mauretanien wurde mit der Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine Fatwa von islamischen Rechtsgelehrten erlassen, die weibliche Genitalverstümmelung ächtete. Im Anschluss wurde gemeinsam eine Musterpredigt für Imame erarbeitet, die auf die Gefahren von weiblicher Genitalverstümmelung hinwies.

Im BMZ werden wir uns den religiösen Einflüssen in den nächsten Jahren verstärkt widmen. Ich habe dazu eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe Werte, Religion und Entwicklung eingesetzt. Auf neuen konzeptionellen Grundlagen wollen wir nationale und internationale Partnerschaften aufbauen. Als Auftakt habe ich im Frühjahr gemeinsam mit Weltbankpräsident Kim Vertreter des Christentums, des Islam und des Judentums zu einem hochrangigen Gesprächskreis eingeladen. Auch internationale Entwicklungsorganisationen wie die Weltbank

haben erkannt, dass Entwicklung mehr ist als technische Zusammenarbeit oder die Beförderung des Wirtschaftswachstums um jeden Preis. Entwicklung bedeutet, sich für konkrete Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen.

## Einsatz für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit

Zu diesen Werten gehört insbesondere die Religionsfreiheit. Wir erleben: Religion kann nicht nur entwicklungsfördernd, sondern auch entwicklungshemmend wirken. In vielen Regionen der Erde wird im Namen der Religion Unterdrückung und Verfolgung von Minderheiten verübt und so Religion als Brandbeschleuniger in Konflikten benutzt.

Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist ein elementares Menschenrecht. Sie umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden. Menschenrechtlich geschützt – und das gilt es ganz klar hervorzuheben – ist auch die Konversion, also das Recht, die Religion zu wechseln.

Weltweit nehmen Einschränkungen und Verletzungen der Religionsfreiheit zu – und zwar nicht nur gegen Christen, sondern gegenüber Angehörigen aller Religionsgemeinschaften. Dies geschieht durch staatliche Restriktionen und Diskriminierung, aber auch durch Anfeindungen im sozialen Umfeld, etwa durch Nachbarn oder Lehrer. Hier fehlt oft der dringend erforderliche staatliche Schutz. Zu den Leidtragenden gehören in zunehmendem Maße Christen im Nahen Osten und in Afrika. Diesem Thema müssen wir uns stellen!

Wo in ganzen Regionen alteingesessene Religionsgemeinschaften vertrieben werden, wo Bombenangriffe auf Gebetshäuser verübt werden, wo Morddrohungen und

Diskriminierung im täglichen Leben Menschen in die Flucht treiben, dort geht etwas unwiederbringlich verloren, das für die gesamte Gesellschaft relevant ist: Kultur, Sprache und über Jahrhunderte gewachsene Strukturen des friedlichen Miteinanders. An ihre Stelle treten Misstrauen, Leid und Hass. Dort dürfen wir nicht schweigend zusehen, dort sind Anteilnahme, Solidarität, sofortige Hilfe geboten.

Hilfe muss aber bereits im Vorfeld dieser Schreckensszenarien ansetzen. Entwicklungspolitik ist in diesem Sinne Präventivpolitik. Unser Ziel ist es, gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern, aber auch nach überstandenen Konflikten eine Rückkehr, eine Versöhnung und ein friedliches Zusammenleben wieder möglich zu machen. Stärkung von rechtsstaatlichen, korruptionsfreien Institutionen, die allen religiösen Gruppen offenstehen und einen Raum schaffen, in dem die Religionsfreiheit gelebt werden kann, ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

Die deutsche Entwicklungspolitik mit Menschenrechten als Leitprinzip misst der Menschenwürde eine ganz zentrale Bedeutung bei und setzt sich für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht ein. Wir fordern dies auch ganz konkret in den Gesprächen mit unseren Partnerregierungen. Wir unterstützen die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religionsfreiheit garantiert und umgesetzt wird. Dabei wird keine religiöse Minderheit bevorzugt behandelt. Dieser Grundsatz ist wichtig, denn selektive Maßnahmen können weitere Diskriminierungen hervorrufen und demzufolge konfliktverschärfend wirken.

Der barmherzige Samariter aus dem neuen Testament hat nicht nach der Religionszugehörigkeit oder Nationalität dessen gefragt, den er im Graben liegen sah. Seine Werthaltung hat ihn zum Handeln getrieben. Eine wertebaute Entwicklungspolitik engagiert sich ebenfalls dort, wo Menschenwürde und Menschenrechte bedroht sind und schaut nicht einfach zur Seite.

# Das „C“ als fester Bestandteil unserer politischen Arbeit

Gelebte christliche Verantwortung  
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



**Dr. Franz Josef Jung MdB**  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
und Beauftragter für Kirchen  
und Religionsgemeinschaften

„In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ heißt es in der Präambel des Grundgesetzes. Dies ist die Maßgabe für alles Handeln der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit jeher fühlt sie sich in besonderer Weise verpflichtet, in ihrer Politik dem christlichen Menschenbild und den daraus abgeleiteten Werten unseres Zusammenlebens zu entsprechen. Dies ist unser Ansporn.

## Christliche Überzeugung als Kompass in der Politik

Die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland gehört einer Kirche oder einer Religionsgemeinschaft an. Über 50 Millionen Christen leben in Deutschland. Wir sind dankbar für wachsende jüdische Gemeinden in unserem Land. Hinzu kommen rund vier Millionen Muslime. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere religiöse Gemeinschaften. Alle tragen zur Vielfalt der Religionen in Deutschland bei und prägen das religiöse und spirituelle Gesamtbild.

Die aus der christlich-jüdischen Tradition abgeleiteten Werte sind das Fundament unseres Zusammenlebens. Auf diesem Fundament baut die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Politik für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land auf. Damit dies gelingt, haben die Abgeordneten innerhalb und außerhalb ihrer Fraktion ein Netzwerk mit zahlreichen Informationsplattformen geschaffen,

die den Fokus auf das „C“ richten. Viele Abgeordnete engagieren sich ehrenamtlich in kirchlichen oder kirchennahen Organisationen. Daneben stellt die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre umfangreiche Expertise zur Verfügung. Auch parteinahe Gremien wie der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU leisten einen Beitrag, die christliche Überzeugung innerhalb der Fraktion weiter zu stärken.

## Verpflichtung gegenüber Fragen des Lebensschutzes

Insbesondere bei Fragen, die den Lebensschutz am Anfang und am Ende unserer Existenz betreffen, fühlt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet, ihren christlichen Wertekompass mit den Fragen realer Politik abzugleichen. Dies war etwa beim Gesetz zur Pränataldiagnostik (PID) der Fall, also bei der Voruntersuchung

---

## Christliche Arbeit in der Fraktion

### **Das Amt des Beauftragten für Kirchen- und Religionsgemeinschaften**

Als erste Fraktion im Deutschen Bundestag hat die CDU/CSU-Fraktion im Jahr 2000 das Amt eines Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften geschaffen. Ziel ist, ein dauerhaftes Band des gegenseitigen Vertrauens zu den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften in unserem Land zu knüpfen. Dabei steht der regelmäßige Austausch über zentrale gesellschaftsrelevante Themen im Mittelpunkt.

### **Kardinal-Höffner-Kreis**

Der Kardinal-Höffner-Kreis ist ein Zusammenschluss von christlichen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Unternehmern und Wissenschaftlern. Der 1993 gegründete Kreis versteht sich als „Forum engagierter Christen“ an der Nahtstelle zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Mitglieder treffen sich in regelmäßigen Abständen, um mit hochrangigen Vertretern, z.B. der katholischen Kirche oder Theologen, über gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren.

### **Stephanuskreis**

Im April 2010 wurde der Stephanuskreis gegründet. Er ist benannt nach dem ersten christlichen Märtyrer. Der Stephanuskreis stellt die Religionsfreiheit ins Zentrum seiner Arbeit und widmet sich insbesondere der Lage verfolgter Christen in aller Welt. Damit bildet der Kreis ein überkonfessionelles Gremium, das allen Unionsabgeordneten offensteht.

der Beschaffenheit von Embryonen. Auch bei der Meinungsfindung zur organisierten Suizidbeihilfe ist das christliche Menschenbild wesentlich. Beim Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beschneidung von Jungen haben wir es geschafft, die freie Ausübung der Religion in eine Balance mit dem Kindeswohl zu bringen.

## Weltweit aktiv für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit

Seit vielen Jahren setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Durchsetzung der Religionsfreiheit weltweit ein. Dabei sind Christen mit rund 100 Millionen die zahlenmäßig größte Gruppe der Bedrängten und Verfolgten. Regelmäßig fahren die zuständigen Fachpolitiker zu den Brennpunkten der Christenverfolgung, um sich direkt vor Ort ein Bild über die Lage zu verschaffen und mit Betroffenen und Helfern zu sprechen. So waren Syrien und Jordanien wichtige Reiseziele, um die Entscheidung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus

Der Stellv. Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung, Fraktionsvorsitzender Volker Kauder, Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und Gäste des Fraktionskongresses zur Religionsfreiheit am 15.09.2014



dem Nordirak, in dem Christen, Jesiden und andere Bevölkerungsgruppen verfolgt und vertrieben werden, zu beschleunigen. Seit Jahren setzen sich die Abgeordneten besonders engagiert für eines der ältesten Klöster der Welt, Mor Gabriel, in der Türkei ein. Immer wieder ist das syrisch-orthodoxe Kloster – eine Urstätte des Christentums – von Enteignung bedroht. Auch in Ägypten, im Libanon, im asiatischen Raum und in Indien suchte die Fraktion in der jüngeren Vergangenheit Gesprächspartner auf, um auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken und die Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen und anderen religiösen Minderheiten offen zu demonstrieren.

## Wir tragen das „C“ in die Öffentlichkeit

Uns ist es wichtig, das Potential unserer vielfältig geprägten Gesellschaft in unsere Arbeit einfließen zu lassen und unser Meinungsbild mit dem interessierter Bürgerinnen und Bürgern zu spiegeln. Mehrere Male im Jahr lädt die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Öffentlichkeit ein, um mit hochrangigen Experten und Wissenschaftlern unter dem Motto „Das ‘C’ ist bei uns Programm“ ein aktuelles Thema auf der Basis des christlichen Menschenbildes intensiv zu diskutieren. Immer wieder nimmt auch hier das Thema Religionsfreiheit eine herausgehobene Stellung ein.

## Europas christliche Wurzeln pflegen

Die christlich-jüdisch geprägte Kultur Europas ist zugleich Unterbau und Erbe für die Staatengemeinschaft der Europäischen Union. Daher setzen wir uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit unseren europäischen Kollegen, z.B. in Österreich, dafür ein, dass Themen wie die Durchsetzung der weltweiten Religionsfreiheit auch von den Spitzen Europas engagiert aufgegriffen werden. Gemeinsam fordern wir daher einen Beauftragten für Religionsfreiheit auf Ebene der EU, um den religiös Bedrängten und Verfolgten international eine noch stärkere Stimme zu verleihen.

# Christus ist eine Herausforderung

Von der Schwierigkeit, in der Politik nach den Grundsätzen des Glaubens zu handeln

Über seinen Glauben und das christliche Menschenbild sprach der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder mit dem SPIEGEL. Das Interview im Wortlaut:

## **SPIEGEL: Herr Kauder, sind Sie fromm?**

*Volker Kauder:* Ich bin ein gläubiger Christ. Fromm – diese Bezeichnung würde ich nicht für mich in Anspruch nehmen.

## **Warum nicht?**

Man sollte seinen Glauben bekennen, diesen aber nicht öffentlich irgendwie noch einstufen.

## **Welche Rolle spielt Religion in Ihrem Leben?**

Ich gehe sonntags zur Kirche und bete jeden Tag. Und ich versuche als Politiker, nach den Grundsätzen meines Glaubens zu handeln.

## **Besuchen Sie die Andacht im Bundestag am Donnerstag oder Freitag?**

Als Fraktionschef habe ich gerade in den Sitzungswochen sehr viel zu tun. Daher schaffe ich es zur Andacht in der Regel nicht. Aber ein gläubiger Mensch kann überall Zwiesprache mit Gott halten, auch außerhalb von Gottesdiensten.

## **Sind Macht und christlicher Glaube überhaupt vereinbar?**

In der Bibel steht: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Das bedeutet, dass Glaube und die Führung eines Staates unterschiedliche Dinge sind.



**Volker Kauder MdB**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

„Christliche Ethik ist eine wichtige Richtschnur“

In der Politik brauchen Sie Macht, um gestalten zu können. Doch Macht ist verführerisch. Wer Macht besitzt, muss sich aber immer wieder fragen, ob er sie richtig nutzt. Da ist die christliche Ethik natürlich eine wichtige Richtschnur.

**Als Christ sollten Sie Jesus nach-eifern, der sich mit den Mächtigen angelegt hat. Wie ist das vereinbar mit Ihrer Machtposition als Chef der Unionsbundestagsfraktion?**

Es stimmt, dass das Christentum eine Nachfolgerreligion ist. Christus nachzufolgen heißt aber auch, dass man Verantwortung für sein Leben übernehmen muss, auch für das Leben anderer. Daher darf man sicher auch als Christ politische Ämter ausüben. Dabei wissen wir, dass wir in der Nachfolge Christi immer unvollkommen bleiben werden. Natürlich darf das kein Freibrief für unsere Handlungen sein, aber es bedeutet eine gewisse Erleichterung unseres Gewissens.

**Inwieweit kann ein Christ politische Kompromisse eingehen?**

Die Fähigkeit zum Kompromiss ist eine wichtige Tugend eines Menschen. Kompromisse zu schließen ist das tägliche Geschäft gerade eines Fraktionsvorsitzenden. Dazu gehört ebenfalls das Werben für Kompromisse. Bei manchen Themen muss aber jeder Abgeordnete selbst entscheiden können. Gerade in ethischen Fragen. Zum Beispiel in Fragen des Lebensschutzes. Wer als Christ Politik macht, muss auch mit einem viel schmerzhafteren Dilemma leben: Es gibt manche Situationen, wo man als Christ und Politiker schuldig wird. Nehmen Sie das Thema Rüstungsexporte.

„Es gibt Situationen, wo man als Christ und Politiker schuldig wird.“

**Wie gehen Sie damit um?**

Ich versuche zu klären, was verantwortbar ist. Ich finde es richtig, dass Deutschland Waffen nicht in Krisengebiete liefert. Gleichzeitig hat Jesus nicht gesagt, dass wir Soldaten aus unserer Gesellschaft verbannen sollten.

**Er hat verlangt, dass wir unsere Feinde lieben.**

Jesus Christus hat dem Soldaten, der ihn angesprochen hat, nicht gesagt: Gib dein Handwerk auf! Das würde auch keinen Sinn ergeben. Denken Sie an die vielen sinnvollen friedenserhaltenden Einsätze unserer Bundeswehr in der ganzen Welt.

„Mit der Aufnahme in Deutschland allein werden wir die europäische Flüchtlingsproblematik nicht lösen.“

**Ist die europäische Flüchtlingspolitik mit christlichen Vorstellungen vereinbar?**

Deutschland hat bei aller Kritik sicher das liberalste Asylrecht in Europa. Wir haben ein Grundrecht auf Asyl. Das gibt es in kaum einem anderen Land. Doch mit der Aufnahme in Deutschland allein werden wir die europäische Flüchtlingsproblematik nicht lösen. Wir müssen für stabile Verhältnisse in den Herkunftsländern sorgen.

Ein Bundeswehrsoldat sichert in Qual-e-Sal, 30 Kilometer nordwestlich von Kundus (Afghanistan), bei einer Patrouille eine Straße.





**Was, glauben Sie, hätte Jesus getan, wenn diese Leute an seine Tür geklopft hätten? Hätte er ihnen aufgemacht?**

Ja. Aber genau das machen wir auch. Wenn jemand anklopft und hierherkommt, wird er aufgenommen. Sein Antrag wird geprüft. Ist der berechtigt, bekommt er Asyl, Unterkunft und die Möglichkeit, hier zu leben.

**Oder er wird abgeschoben.**

Natürlich kann Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, die nach Europa wollen. Jesus Christus ist für uns Menschen eine Herausforderung. Wir werden als Menschen nie so sein können wie er. Er war nicht nur Mensch wie wir, sondern er war Gottes Sohn und damit Gott. Und deswegen werden wir gegenüber ihm immer unvollkommen bleiben, auch wenn er uns Vorbild ist.



**Wie gehen Sie mit der Diskrepanz um zwischen dem, was politisch möglich, und dem, was ethisch von Ihrem Glauben her geboten ist, etwa beim Thema Abtreibung?**  
Ich muss in der Politik auch Mehrheitsentscheidungen akzeptieren.

**Aber müssten Sie als Christ nicht dafür kämpfen, dass es in Deutschland restriktivere Regeln zur Abtreibung gibt?**

Als Christ bin ich gegen Abtreibungen, außer im Fall einer Vergewaltigung. Als Politiker muss ich erkennen, dass es für diese Haltung in der Gesellschaft keine Mehrheit gibt. Wir sind keine christliche Republik, in Deutschland sind Kirche und Staat weitgehend getrennt. Als Politiker kann ich aber darauf hinarbeiten, die Dinge so zu verändern, dass möglichst viele Abtreibungen vermieden werden. Ich kann mich dafür einsetzen, dass die Beratung und die Hilfe für betroffene Frauen verbessert werden.

**Sie argumentieren, mit Verlaub, nicht wie ein Christ, sondern wie ein Politiker. Was unterscheidet Sie als Politiker mit christlichem Glauben von Ihren Parlamentskollegen, die nicht glauben?**

Ich finde es beruhigend zu wissen, dass ich bei meinen Entscheidungen nicht auf mich allein gestellt bin. Es

„Es ist eine große Hilfe, geleitet und geführt zu werden.“

ist eine große Hilfe, geleitet und geführt zu werden.

Ich lebe zudem in der Überzeugung, die Dietrich Bonhoeffer einmal beschrieben

hat: Wir sind hier nur für die vorletzten Dinge zuständig. Die letzten Dinge liegen in der Hand Gottes. Für mich bedeutet das: Ich muss hier nichts Vollkommenes abliefern, mich wohl aber anstrengen.

**Haben Sie jemals gezweifelt, dass es Gott wirklich gibt?**  
Auch wenn Sie es für unwahrscheinlich halten: Nein, ich habe daran nie gezweifelt.

Als Schüler habe ich mich sehr für Chemie interessiert, und da war für mich zum Beispiel klar, dass alles irgendwann einen Ursprung, einen Start gehabt haben muss.

„Die evangelikale Bewegung imponiert mir.“

**Sie haben Sympathien für die evangelikale Bewegung. Was bedeutet das?**

Die evangelikale Bewegung imponiert mir. Ich mache viele Veranstaltungen mit der Deutschen Evangelischen Allianz, einem Zusammenschluss von Freikirchen. Meine Frau ist katholische Christin, und auch als Protestant kann ich in der katholischen Lehre vieles nachvollziehen. Natürlich habe ich in der katholischen und der evangelischen Kirche gute Gespräche. Kurz und gut: Ich will mich als Christ nicht in eine Schublade stecken lassen. Ich bin Christ und freue mich zum Beispiel über die Aussicht, dass das Eigentliche nach diesem Leben erst kommt.

**Freikirchen haben einen großen Zulauf in Deutschland. Warum sind sie so viel attraktiver als die etablierten Kirchen?**

Gottesdienste dort sind lebendig, mit vielen jungen Menschen. Diese Kirchen nehmen ihre Organisation oft selbst in die Hand und hängen nicht so sehr an starren Regeln. Freikirchen leben stark aus der Bibel. Das findet viele Anhänger.

**Machen die Landeskirchen zu viele Kompromisse?**

Ich glaube nicht, dass das der Grund für den Zulauf bei den Freikirchen ist. Je größer eine Institution ist, desto mehr bietet sie Ansatzpunkte für Kritik. Da stören sich einige, dass in vielen Landeskirchen Pfarrer mitunter in gleichgeschlechtlichen Gemeinschaften leben. Andere haben kein Problem damit. Ich finde, es ist Platz für beide Auffassungen, solange wir in den Grundlagen des Glaubens einer Meinung sind. Auch in der katholischen Kirche gibt es ja unterschiedliche Ausrichtungen, denken Sie nur an die verschiedenen Orden.

**Wie wichtig ist Ihnen der Bibelbezug der Evangelikalen?**

Wir leben alle aus der Bibel, weil uns dort gesagt wird, was die Nachfolge Christi ausmacht. Die Kernaussagen der Bibel können nicht umgedeutet werden.

### **Deshalb sind viele Evangelikale Kreationisten und bestreiten Darwins Evolutionstheorie.**

Der Mensch ist Geschöpf Gottes. Das ist die Kernaussage. Ob nun Gott die Welt wirklich in sieben Tagen erschaffen hat, ist dagegen für mich nicht von so zentraler Bedeutung.

### **Die Evangelikalen gelten oft als christliche Fundamentalisten. Ist das ein berechtigter Vorwurf?**

Nein. Evangelikale sind in Deutschland keine Fundamentalisten. Die Stigmatisierung einer ganzen Gruppe von Gläubigen ist nicht richtig. Man darf sie nicht als radikal abstempeln. Solche Vorwürfe sind völlig unbegründet.

### **Sind die Evangelikalen besonders konservativ?**

Die Evangelikalen leben stark aus der Heiligen Schrift und sind ansonsten, so erlebe ich sie, genauso fröhliche und optimistische Menschen wie andere auch. Sie haben halt eine klare Vorstellung von ihrem Glauben und Glaubensleben.

### **Ein Parteifreund hat Sie mal als „katholischsten Protestanten“ beschrieben. Was bewundern Sie an der katholischen Kirche so sehr?**

Die katholische Kirche hat durch den Pontifex ganz andere Möglichkeiten, in die Welt hineinzuwirken. Darüber hinaus zeichnen die katholische Kirche eine lebendige Liturgie und ein Bilderreichtum aus. Bischof Huber hat es einmal so formuliert: An der katholischen Kirche könne man lernen, den Glauben zu feiern. Was gibt es Schöneres als eine Osternachtsmesse?

„In der katholischen Kirche kann man lernen, den Glauben zu feiern.“

### **Darf die Politik den Papst kritisieren, wie Kanzlerin Angela Merkel es 2010 getan hat?**

Selbstverständlich darf man sich zum Papst auch kritisch äußern. Ich rate aber dazu, das in der Öffentlichkeit sehr zurückhaltend zu tun, um nicht die religiösen Gefühle anderer zu verletzen.

### **Umgekehrt: Wie politisch darf der Papst sein?**

Er soll es sein. Vor allem sollte er in seinem Tun die christliche Botschaft vorleben.

„Papst Franziskus ist der richtige Papst in dieser Zeit.“

Der neue Papst Franziskus macht dies gerade auf seine Weise – durch Bescheidenheit und besondere Nähe zu den Gläubigen und den Menschen. Das verleiht ihm eine natürliche Autorität. Er ist der richtige Papst in dieser Zeit. Das zeigte auch sein jüngster Besuch in Israel und in Palästina. Die Einladung an den israelischen und den palästinensischen Präsidenten nach Rom zu einem gemeinsamen Gebet war schon eine große Geste.

#### **Kann ein solches Gebet überhaupt etwas bewirken?**

Ja, durchaus. Wir müssen als Christen ohnehin mehr auf die Kraft des Gebets vertrauen. Als ich vor drei Jahren den damaligen Patriarchen der koptischen Christen in Ägypten besucht habe, Papst Schenuda, fragte ich ihn, was wir für die Christen in Ägypten tun könnten. Seine Antwort lautete: Beten Sie, und glauben Sie an die Kraft des Gebets. Und so hoffe ich, dass auch aus dem gemeinsamen Gebet der beiden Staatsmänner aus Israel und Palästina mit dem Papst zu Pfingsten etwas Positives erwachsen kann.

#### **Wie beten Sie? Sind das Bitten, oder ist das ein Gespräch?**

Das tägliche Beten und Gespräch mit Gott ist eine Sache zwischen mir und ihm.

#### **Sie sagen oft, die CDU mache Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes. Was heißt das genau?**

Für uns steht der Mensch als Ebenbild Gottes im Zentrum unserer Politik. Im Galaterbrief heißt es, der Mensch sei zur Freiheit berufen, allerdings in Solidarität zu seinen Mitmenschen.

„Jeder muss die Chance erhalten, das Beste aus sich zu machen.“

#### **Was folgt daraus?**

Das bedeutet für uns, dass jeder die Chance erhalten muss, das Beste aus sich zu machen.

**Gerade bei der Familienpolitik bietet das „C“ im Parteinamen längst nicht mehr verlässliche Orientierung. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind der Ehe im Steuerrecht inzwischen gleichgestellt, obwohl Sie und**



**die Union lange dagegen waren. Und jetzt steht womöglich bald die volle Gleichstellung im Adoptionsrecht an.**

Beim Adoptionsrecht kann es meiner Ansicht nach nur ein Kriterium geben – das Kindeswohl. Ich meine, es ist am besten, wenn Kinder in einer Familie – wie die Psychotherapeuten sagen – das mütterliche und das väterliche Prinzip vorfinden.

Es gibt keinen Rechtsanspruch auf ein Kind, auch nicht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Andere sehen das anders. Für Politiker ist das eine klassische Gewissensentscheidung.

**Als der damalige Bundespräsident Christian Wulff sagte, der Islam gehöre zu Deutschland, haben Sie widersprochen. Warum ist der Satz falsch?**

Ich finde, wenn etwas dazugehört, muss es prägend sein. Und prägend ist für uns – jedenfalls in der heutigen Zeit – nach wie vor die christlich-jüdische Tradition.

Für mich ist aber eines ganz klar: Die Muslime gehören zu Deutschland. Sie haben das Recht, ihren Glauben zu

leben und Moscheen zu bauen wie andere Religionsgemeinschaften auch. Von den Regierungen der Länder, wo sie oder ihre Vorfahren

„Die Muslime gehören zu Deutschland.“

herkommen, verlange ich dann aber auch, dass Christen dort ihre Kirchen bauen dürfen. Das gilt besonders für die Türkei. Wie Sie wissen, ist mir die Religionsfreiheit und dabei der Schutz von verfolgten Christen seit Jahren ein besonderes Anliegen.

**Welcher Unterschied ist größer: der zwischen einem gläubigen Christen und einem gläubigen Muslim oder der zwischen einem gläubigen Menschen und einem Atheisten?**

Natürlich haben ein gläubiger Christ und ein gläubiger Muslim zumindest schon mal eines gemeinsam – sie glauben an ihren Gott.

**Gehört Mission zum Christentum?**

Eindeutig ja. „Gehet hin in alle Welt“, steht in der Heiligen Schrift, der berühmte Missionsauftrag. Mission ist aber ein Angebot.

**Verstehen Sie das auch für sich persönlich als Auftrag?**

Nicht jeder Christ muss die Gesamtheit der Verpflichtungen erfüllen. Ich bin wirklich kein Missionar, ich habe andere Aufgaben. Ich will unter anderem dafür etwas tun, dass alle Menschen friedlich ihren Glauben leben können.

**Herr Kauder, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.**

Mit freundlicher Genehmigung des SPIEGEL

*Das Interview ist am 16.06.2014 im SPIEGEL erschienen.*

# Impressum

## **Herausgeber**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer

## **Kontakt**

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Kommunikation  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T 030. 2 27-5 53 74  
F 030. 2 27-5 01 46  
pressestelle@cducsu.de  
www.cducsu.de

## **Gestaltung**

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

## **Druck**

Ruksaldruck, Berlin  
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger  
Waldbewirtschaftung

## **Bildnachweis**

Umschlag: Getty Images; S. 2: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 7: Laurence  
Chaperon; S. 8: Picture Alliance/dpa; S. 13: Picture Alliance/dpa; S. 15:  
Henning Schacht – berlinpressphoto; S. 19: Picture Alliance/dpa; S. 23:  
Laurence Chaperon; S. 26: Ulrich Scharlack; S. 31: Laurence Chaperon;  
S. 33: Picture Alliance/dpa; S. 34: Ulrich Scharlack; S. 37: Bundesregierung/  
Steffen Kugler; S. 45: CDU/CSU-Bundestagsfraktion; S. 47: Steven Rösler;  
S. 49: Bredehorst; S. 51: ddpimages/Axel Schmidt; S. 52: Getty Images;  
S. 57: Getty Images

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

## **Stand**

November 2014



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

**Namensnennung**

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: „Das christliche Menschenbild und unsere Politik – Beiträge zum Werteverständnis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“

Sie müssen einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

